

WELT & ARBEIT

FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

BUNDESWEITE SONDERAUSGABE 1 / 2006

www.weltundarbeit.de

PREIS 1,00 EURO



Politik und Recht:

Mitgliedschaft verpflichtet

>> Seite 5

Nachgefragt:

Christian Ude fordert soziale Kriterien

>> Seite 3



Foto: Michael Nag

Steigende Gewinne vorausgesagt

Mit Investitionen von 760 Milliarden US-Dollar zur Abschaffung von Kinderarbeit lassen sich weltweit Einnahmen von 5,1 Billionen US-Dollar erzielen. Nach Abzug aller Kosten und Transferzahlungen blieben 4,1 Billionen Dollar als Gewinn. Dies hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in der Studie „Investing in every child“ ermittelt.

Detailliert untersucht wurde, wie viel es kosten würde, Kinderarbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern abzuschaffen und welcher Gewinn in den jeweiligen Staaten in den nächsten 20 Jahren dadurch erzielbar wäre.

Bildung statt Kinderarbeit – für das Erreichen dieses Ziels hatte die Forschergruppe der ILO einen Aktionsplan entwickelt und ihn für alle Länder durchgerechnet. Für jede einzelne Maßnahme zur Abschaffung von Kinderarbeit schätzte die ILO für einen Zeitraum von 20 Jahren die erforderlichen Kosten und die langfristig erzielbaren Gewinne. Notwendige Investitionen um Kinder aus ausbeuterischer Arbeit zu befreien sind beispielsweise der Bau von Schulen und die finanzielle Unterstützung der betroffenen Familien. Einberechnet wurde auch der wirtschaftliche Verlust, der durch den vollständigen Verzicht auf Kinderarbeit zunächst zu erwarten ist. Das Ergebnis der Studie ist eindeutig: Langfristig bringt die Abschaffung von Kinderarbeit einen enormen Gewinn für die betreffenden Staaten. **Fortsetzung Seite 6**

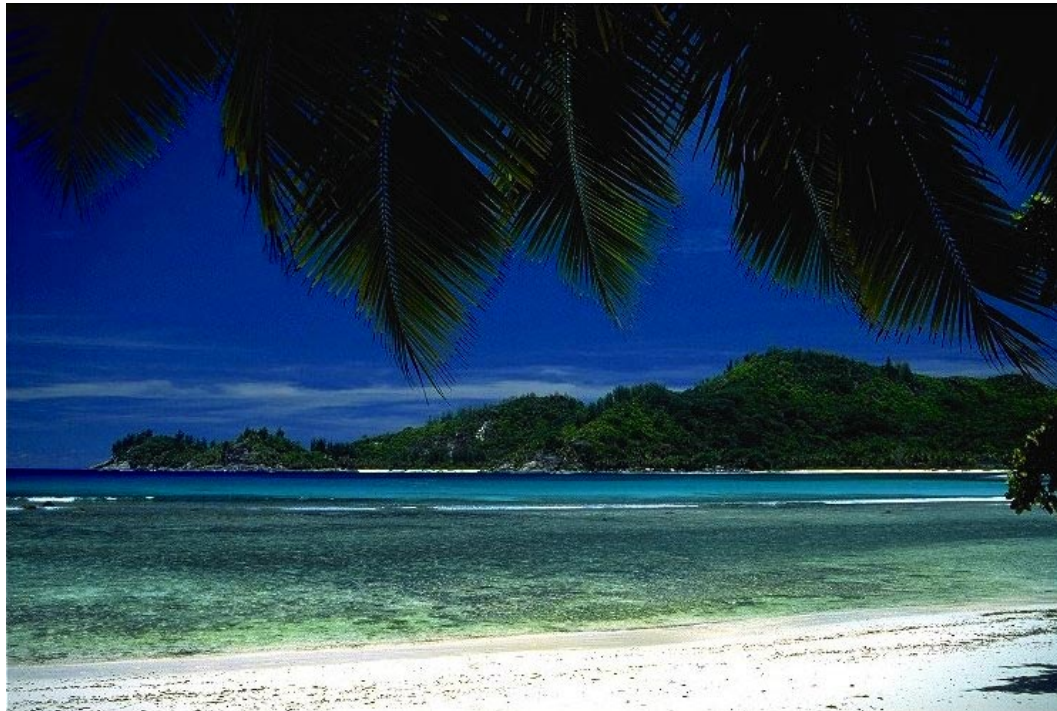


Foto: A.Bischoff

28. September 1999: Die Seychellen unterzeichnen als erster Staat der Welt die ILO-Konvention 182 gegen ausbeuterische Kinderarbeit.

FUSSBALL-PRODUKTION IN PAKISTAN

Die anderen Fußballprofis

Von Katharina Nickoleit

Wenn wie jetzt eine Weltmeisterschaft vor der Tür steht, dann steigt der weltweite Bedarf an Fußballen rasant. Hergestellt werden die Bälle im Osten Pakistans in Handarbeit und zu niedrigen Löhnen.

Gebeugt sitzt Sumera auf ihrem kleinen Hocker. Mit den Knien drückt sie einen Holzspanner zusammen, in denen die Sechsecke stecken, die sie mit fliegenden Händen zusammen näht. Konzentration ist wichtig, um mit den beiden Nadeln möglichst schnell die Löcher zu treffen. Am Ende jeder Naht wickelt sie den Faden um kleine Holzstücke und zieht die Naht mit einem kräftigen Ruck fest. 32 Sechsecke müssen so zusammen genäht werden, um einen Fußball herzustellen. Ventilatoren sorgen für etwas Kühlung in der feuchten Hitze.

Der Fotograf hat Sumera kaum vor die Linse genommen, als schon der Manager des Nähzentrums zur Stelle ist. In der Hand hält er Sumeras Akte und er beeilt sich nachzuweisen, dass Sumera 15 Jahre alt ist und es sich hierbei keinesfalls um Kinderarbeit handelt. In Pakistan dürfen Jugendliche of-

fiziell mit 14 Jahren anfangen zu arbeiten. Hier in Sialkot, im fruchtbaren Osten Pakistans, werden 80 Prozent der weltweit gekickten Fuß-



Foto: Christian nusch

Sumera näht jeden Tag vier Bälle.

bälle produziert. An der Hauptstrasse reihen sich die Fabriken aneinander und überall in den umlie-

genden Dörfern gibt es Nähzentren. Rund 100.000 Menschen arbeiten hier in der Sportartikelindustrie. Bis 1997 wurden die Bälle in Heimarbeit genäht und die Branche geriet in Verruf, als bekannt wurde, dass dort auch Kinder Fußballen produzierten. Um Kinderarbeit auszuschließen, einigten sich die Fabrikanten darauf, Fußballen nur noch in Nähzentren fertigen zu lassen, die regelmäßig kontrolliert werden.

Sumera bekommt für ihren Ball, an dem sie gut anderthalb Stunden genäht hat, umgerechnet 55 Cent. Das ist verhältnismäßig viel, denn der Ball, den sie näht, ist kein billiges Werbegeschenk, sondern ein Qualitätsball. Aber es ist trotzdem wenig, wenn man bedenkt, dass sie für diesen Betrag kaum mehr als ein Kilo Reis kaufen kann. Eine siebenköpfige

Familie - das ist pakistanischer Durchschnitt - kann nur mit zwei, besser noch drei Einkommen über-

WELTWEIT

Sklaverei nimmt zu

Sklaverei ist ein Relikt der Vergangenheit? Ganz und gar nicht - die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass weltweit 27 Millionen Erwachsene und Kinder als Sklaven arbeiten. Das sind mehr Sklaven, als es während des kolonialen Sklavenhandels mit Afrika gab. **Mehr auf Seite 2.**

DEUTSCHLAND

Städte sagen Nein zu Kinderarbeit

Wenigstens 44 Städte in ganz Deutschland wollen keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit einkaufen. Tendenz steigend. Politisch allseits gewollt, ist die Umsetzung trotzdem nicht unumstritten. **Mehr auf Seite 4 und 5.**

FAIRER HANDEL

Akzeptanz steigt

Deutsche Konsumenten kaufen vermehrt Produkte aus fairem Handel. Alle Siegel- und Fairhandelsorganisationen konnten 2005 ein Umsatzplus verbuchen.

Mehr auf Seite 6.

leben.

"In Europa möchte man möglichst günstige Fußballen kaufen. Und das wirkt sich auf die Löhne aus", erklärt Assad Bajwar, Personalchef der Fußballfabrik Talon. Er ist froh, auch ein Fairhandelshaus zu seinen Kunden zählen zu können. Das Unternehmen verkauft "Faire Fußballen" und reicht den Mehrpreis an den Hersteller weiter, der damit seinen Arbeitern eine Gesundheitsversorgung anbietet und Kleinkredite vergibt. Außerdem erhalten die Näher für jeden fairen Ball einen höheren Stücklohn, immerhin 82 Cent.

Doch der Anteil solcher fairen Bälle ist insgesamt gering. Und wenn, wie jetzt zu WM-Zeiten die Nachfrage nach Fußballen steigt, schießen neue Fabrikanten wie Pilze für ein paar Monate aus dem Boden, und ob dort alle Billigbälle wirklich ohne Kinderarbeit gefertigt werden, das lässt sich nur schwer sagen.

Gekürzter Artikel aus sport.ARD.de. Wir danken der Autorin Katharina Nickoleit, dem Fotografen Christian Nusch und der ARD für die Abdruckgenehmigung.

IMPRESSUM

Herausgeber: EarthLink e.V., Frohschammerstr. 14, D-80807 München, T: +49 89 - 35 65 21 02, email: info@earthlink.de, web: www.earthlink.de | **Redaktion:** Stephanie Wolf, Bernhard Henselmann (ViSdP), Lydia Stehberger | **Layout:** Lydia Stehberger, Bernhard Henselmann | **Mitarbeit und Recherchen:** C. Barnickel, M.Brandt, S.Dekkiche, P.Ehrl, K.Ertl, R.Gather, N.Gurka, C.Hippel, M.Platz, A.Stelzer | **Druck:** Zeitungsdruckerei Leipzig | **Auflage:** 10.000 | **Gefördert** durch den Kirchlichen Entwicklungsdienst KED der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung **BMZ**

So werden öffentliche Aufträge in der EU vergeben

Frankreich

Das öffentliche Vergaberecht erlaubt ausdrücklich soziale und ökologische Kriterien. Waren müssen unter „angemessenen“ Bedingungen hergestellt werden, dürfen z.B. keine international anerkannte Konventionen verletzen. Es kann verlangt werden, dass Produkte unter Einhaltung der ILO-Konventionen hergestellt werden. Über 250 Städte und Gemeinden haben eine Resolution zu sozial verträglichem Einkauf verabschiedet. Der Lieferant muss in einem Fragenkatalog angeben, auf welche Weise er die Einhaltung von Mindestsozialstandards überprüft.



Belgien

Der Gesetzgeber erlaubt, soziale Kriterien bei der Vergabe zu berücksichtigen. 51 Städte kaufen nur noch fair produzierte Dienstkleidung.



Lettland

Im April 2004 wurde eine Verordnung verabschiedet, die deutlich auf vergabefremde Kriterien in der öffentlichen Beschaffung eingeht. Bei der Umsetzung der Richtlinie 2004/18/EG sind nur noch kleine Nachbesserungen nötig.



Niederlande

Behörden müssen beim Einkauf von Kleidung international akzeptierte Umweltkriterien und ILO-Standards berücksichtigen. Schon fast alle Punkte der EU-Richtlinien sind Bestandteil des aktuellen Gesetzes.



Österreich

Bereits das Bundesvergabegesetz von 2002 sieht vor, dass das Beachten sozialer Aspekte zulässig ist. Damit wurden die nun umzusetzenden Vergaberichtlinie 2004/18/EG bereits vorgezogen. Die Beachtung ökologischer Kriterien ist sogar verpflichtend.



Deutschland

Die EU-Richtlinie muss Anfang 2006 in deutsches Recht umgesetzt werden. Im Entwurf des Vergaberechts des Bundeswirtschaftsministeriums unter der alten rot-grünen Bundesregierung sind soziale und ökologische Kriterien bei der Beschaffung kein Thema. Trotz bisher strittiger Rechtslage haben bis jetzt 35 deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise beschlossen, bei ihrer Beschaffung Bieter zu bevorzugen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit produzieren oder aktive Schritte dagegen unternehmen. Ihre Zahl nimmt weiter zu.



NACHSCHÄTZUNGEN DER ILO

Knapp 6 Millionen Kinder sind Sklaven

Heutzutage gibt es keine Sklaven mehr, davon sind die meisten Menschen überzeugt. Doch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass weltweit 5,7 Millionen Kinder als Sklaven arbeiten. Und die britische Menschenrechtsorganisation „Anti Slavery International“ geht davon aus, dass es weltweit 27 Millionen Sklaven gibt, davon 15 bis 20 Millionen in Südasien.

Alarmierend sind diese Zahlen auch deshalb, weil dies mehr Sklaven sind, als es während des transatlantischen Sklavenhandels mit Afrika waren. Die heute am weitesten verbreitete Form der Sklaverei ist die Schuldknechtschaft in Entwicklungsländern. Auch Kinder aus armen Familien sind davon betroffen. Aus materieller Not heraus willigen die Eltern ein, die Arbeitskraft ihrer Kinder für ein geringes

Darlehen zu verkaufen. Oft können die Eltern nicht lesen und unterschreiben deshalb Verträge, in denen Wucherzinsen und hohe Abgaben festgeschrieben sind. Für angebliche Fehler der Arbeiter werden Geldstrafen verhängt. Der Arbeitgeber zieht einen Großteil des vereinbarten Lohns außerdem für Nahrung und Unterkunft ab. Das Kind hat so weder die Chance, die Schuld abzarbeiten, noch kann die Familie genug Geld

aufbringen, um es zurückzukaufen. Besonders häufig tritt Schuldknechtschaft in der Landwirtschaft auf. Doch auch in Webfabriken oder in Steinbrüchen werden Kinder zur Arbeit gezwungen. Die Zahl der Schuldknechte steigt weiter: Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung schätzt, dass pro Jahr etwa 700 000 Menschen in Schuldknechtschaft geraten.

Garant für Sozialstandards

Die Fairtrade Labelling Organizations International (FLO), ein Zusammenschluss von weltweit 20 nationalen Siegelinitiativen legt gemeinsam mit den Produzenten die Strategien und Richtlinien für den Fairen Handel fest. FLO koordiniert alle Aktivitäten auf der Produzentenebene. Die Betreuung der Produzentengruppen wird getrennt von der Kontrolle und Zertifizierung durchgeführt. FLO ist der weltweit

größte Sozialzertifizierer und garantiert, dass Produkte mit dem Fairtrade-Label überall auf der Welt den genau festgelegten Fairhandels-Kriterien und Standards entsprechen. Sie tragen zur Entwicklung benachteiligter Kleinbauern bei: Derzeit profitieren mehr als eine Million Produzenten, Arbeiter und ihre Familien in 50 Ländern vom Fairen Handel. Seit 1999 unterstützt FLO die Produzenten mit einem

Hilfsnetzwerk, um den Produzentengruppen in schwierigen Situationen nachhaltig helfen zu können. Neben der Katastrophenhilfe leistet das Netzwerk Hilfestellungen in Sachen Organisations- und Unternehmensentwicklung, Strategieplanung sowie der Verbesserung des Qualitätsmanagements. Um schnell auf Bedürfnisse eingehen zu können, unterhält es einen Spenden-Fonds zur Direktfinanzierung kleinerer Maßnahmen.



Copyright: FLO

Ausbeuterische Kinderarbeit

Die ILO-Konvention 182 definiert, was genau die Vereinten Nationen unter ausbeuterischer Kinderarbeit verstehen: Alle Tätigkeiten, die für die Gesundheit, Sicherheit oder Sittlichkeit von Kindern schädlich sind. Das sind zum Beispiel Arbeiten, die Kinder unter Tage, in gefährlichen Höhen oder beengten Räumen ausführen müssen, bei denen sie mit gefährlichen Geräten umgehen oder schwere Lasten tragen. Alle Tätigkeiten, bei denen Kinder körperlich, psychisch oder sexuell missbraucht werden, fallen unter den Begriff der ausbeuterischen Kinderarbeit. Hiervon spricht man auch, wenn arbeitenden Kindern eine Grundbildung und Zeit zum Spielen verwehrt wird. Im Jahr 2004 schätzte die ILO die Zahl der unter ausbeuterischen Bedingungen arbeitenden Kinder auf 246 Millionen weltweit.

Kofi Annan (68), Generalsekretär der Vereinten Nationen: „Wenige Menschenrechtsverletzungen sind so geächtet, aber gleichzeitig so weit verbreitet wie Kinderarbeit.“ Die große Herausforderung sieht er in der Umsetzung der guten Absichten. „Denn ein Kind in Gefahr ist ein Kind, das nicht warten kann“



Foto: UNO

Wo Kinder weltweit arbeiten

Westafrika / Elfenbeinküste
Schätzungsweise 300.000 Kinder arbeiten auf westafrikanischen Kakao-Plantagen. Fast 12.000 Kinder werden auf Plantagen in der Elfenbeinküste als Sklavenarbeiter festgehalten.

Ecuador / Kolumbien
Bei der Produktion von Schnittblumen kommen tausende arbeitende Kinder mit Pestiziden in Berührung.

Peru / Bolivien
Über 50.000 Kinder arbeiten in Gold-, Silber- und Zinkminen. Sie müssen in enge Stollen kriechen, Sprengungen vorbereiten, schwere Lasten schleppen. Unter Tage sind sie giftigen Dämpfen und Staub ausgesetzt.

Brasilien
Aus Brasilien kommen 90 Prozent des in Deutschland getrunkenen Orangensafts. Jeder siebte Plantagenarbeiter ist noch keine 15 Jahre alt. Das Schleppen der schweren Kisten und die auf den Plantagen eingesetzten Pestizide schaden ihrer Gesundheit.

Liberia
Auf der weltgrößten Gummipflanzung eines Reifenherstellers müssen Kinder ihren Eltern beim Anzapfen der Gummibäume helfen, da diese das vorgegebene Produktionssoll sonst nicht erreichen können. Die Kinder haben keine Zeit für die Schule.

Pakistan
80 Prozent aller Fußbälle stammen aus der pakistanischen Stadt Sialkot. Vor allem Frauen und Kinder nähen die Lederwaben von Hand zusammen. Die Kinder arbeiten täglich bis zu 10 Stunden für die Produktion von zwei Bällen und bekommen dafür umgerechnet etwa einen Euro.

Tansania
Kinder werden als Saisonarbeiter für Kaffeeplantagen rekrutiert. 60 Prozent aller arbeitenden Kinder sind Mädchen zwischen 10 und 14 Jahren, die bis zu 14 Stunden am Tag arbeiten. Die Kinder tragen keine Schutzkleidung - Pestizide und auch Giftschlangen gefährden ihre Gesundheit.

China
Rund 80 Prozent der in Deutschland verkauften Spielwaren werden in China produziert. Die Menschen arbeiten unter hohem Termindruck und meist unmenschlichen Bedingungen. Schlechte Bezahlung, menschenwürdige Unterkünfte und giftige Dämpfe ist Alltag auch für viele Kinder.

Südasien
UNICEF schätzt die Zahl der Kinderarbeiter in der Teppichmanufaktur auf 750.000. Die Kinder werden häufig in Schuldknechtschaft zur Arbeit gezwungen.

Indien
Kinder arbeiten auf Baumwollplantagen - oft zwischen neun und dreizehn Stunden täglich. Viele in Schuldknechtschaft. Pestizide schädigen das Nervensystem. Kopfschmerzen, Orientierungslosigkeit und Schwächeanfälle sind die Folge. Die Kinder arbeiten sieben oder acht Monate im Jahr und können keine Schule besuchen.

Herz und Verstand

Die Stadt München kauft seit 2 Jahren nur noch Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit. Christian Ude, Oberbürgermeister von München und Präsident des deutschen Städtetags, sprach mit „Welt & Arbeit“ über Hintergründe und Forderungen zur Vergabepaxis.

Welt&Arbeit: Eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2004 ermöglicht es, dass Auftraggeber soziale Kriterien bei ihrer Vergabe berücksichtigen können. Was halten Sie davon, dies in deutsches Recht umzusetzen?

Christian Ude: Sehr viel! Denn das bisherige Vergaberecht lässt für die Kommunen leider nur wenig Spielraum, beim Einkauf oder bei der Auftragsvergabe auch soziale Aspekte zu berücksichtigen. In München mussten wir dies zuletzt bei unseren Bestrebungen feststellen, über das Vergabeverfahren Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit aus dem städtischen Einkauf auszuschließen. Wir haben zwar letztendlich eine Regelung getroffen, um von bietenden Firmen entsprechende Bestätigungen einzufordern. Diese Regelung ist jedoch rechtlich nicht unumstritten und die Gefahr, dass wir wegen Wettbewerbsverstoß verklagt werden, ist zumindest theoretisch gegeben. Viele anderen Kommunen trauen sich wegen der rechtlichen Unsicherheit nicht, unserem Beispiel zu folgen.

Aber auch soziale Kriterien, die auf lokaler Ebenen wirken - beispielsweise um die Einstellung von Langzeitarbeitslosen oder die Schaffung von Ausbildungsplätzen zu erreichen - sind bisher als „vergabefremde Aspekte“ nur sehr eingeschränkt zulässig, wären aber für Kommunen natürlich hoch interessant.

Welt&Arbeit: Welche Änderungen müssten dafür im deutschen Vergaberecht gemacht werden?

Christian Ude: Durch die neue EU-Richtlinie steht nun sowieso eine Neufassung des deutschen Vergaberechts an. Leider setzt der aktuelle Gesetzesentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums die europäischen Vorgaben nur unzureichend um und enthält keine Regelung im Hinblick auf soziale Vergabekriterien. In das neue Gesetz müsste ein eigener Absatz aufgenommen werden, der den öffentlichen Auftragnehmern gestattet, zusätzliche Bedingungen sozialer Art für die Ausführung des Auftrags vorzuschreiben. Damit wären die Kommunen noch nicht verpflichtet, konkrete Kriterien festzuschreiben, lediglich der Spielraum hierfür würde eröffnet. Die Entscheidung, ob und wie weit dieser Spielraum tatsächlich genutzt würde, läge bei den einzelnen Kommunen.

Welt&Arbeit: München war die erste deutsche Stadt, die beschlossen hat, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr zu kaufen. Welche Erfahrungen ha-



Foto: Deutscher Städtetag / Lopata

OB Ude: „Es kann nicht angehen, dass deutschen Kommunen aus wirtschaftlichen Gründen die Missachtung von internationalem Recht und die Gefährdung von Kinderleben billigend in Kauf nehmen“.

ben Sie als Oberbürgermeister der bayerischen Landeshauptstadt damit gemacht?

Christian Ude: Die Rückmeldungen der Unternehmen sind erfreulicherweise durchwegs positiv. Das neue Verfahren läuft überhaupt erstaunlich reibungslos. Bisher musste kein Bieter vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden - allerdings haben wir keine Informationen, wie viele Unternehmen wegen unserer Forderungen nicht mehr an der Ausschreibung teilgenommen haben. Wir haben uns gefreut zu hören, dass eine Anzahl von Unternehmen wegen unserer Forderungen das Thema nun erstmals

... das bisherige Vergaberecht lässt für die Kommunen leider nur wenig Spielraum.

mit ihren Zulieferern diskutiert haben. Die Sorge unserer Juristen, die Stadt München könnte von Unternehmen verklagt werden, die nicht gewillt sind unsere Kriterien zu erfüllen, haben sich nicht erfüllt. Überraschenderweise kam Druck aus der anderen Richtung: Einige Firmen meinten, wir setzen unsere Forderungen nicht streng genug durch. Ein anderer sehr ermutigender Effekt ist, dass wir viele Nachahmer gefunden haben: NGOs und Firmen in München wie z.B. die Münchner Kirchen und Banken, aber auch zahlreiche andere Kommunen in Deutschland.

Die Sorge unserer Juristen, die Stadt München könnte von Unternehmen verklagt werden, haben sich nicht erfüllt.

Welt&Arbeit: Welche Signale senden Städte aus, wenn sie darauf achten, dass bei ihrer Beschaffung keine ausbeuterische Kinderarbeit zum Zuge kommt?

Christian Ude: Es ist sehr richtig,

von Signalen zu sprechen, denn wir sind natürlich nicht so vermessen zu glauben, dass wir durch unseren Beschluss nun weltweit ausbeuterische Kinderarbeit abschaffen können - dazu ist die Problematik viel zu komplex. Aber wir können das Verhalten der Unternehmen belohnen und unterstützen, die ihre Verantwortung in diesem Bereich erkennen und sich ernsthaft um befriedigende Lösungen bemühen. Gleichzeitig

... wir können das Verhalten der Unternehmen belohnen und unterstützen ...

können wir anderen Unternehmen, die sich bisher noch nicht für die Produktionsbedingungen ihrer Waren interessieren, deutlich signalisieren, dass wir als Großverbraucher Produkte wünschen, die frei von ausbeuterischer Kinderarbeit sind, und entsprechende Aktivitäten in diesen Unternehmen anregen. Dazu kommt die nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion, die wir als Kommune haben. Wie sich gezeigt hat, konnten wir mit unseren Aktivitäten viele andere Großverbraucher und Einzelverbraucher dazu

bewegen, sich künftig ausführlicher über Herkunft und Produktionsbedingungen der von ihnen konsumierten Waren zu interessieren.

Welt&Arbeit: Hat der Verzicht auf Produkte, die mit ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden, auch positive Effekte für die Städte?

Christian Ude: An erster Stelle möchte ich hier die Verantwortung nennen, die auch die Kommunen für eine weltweit gerechte und

nachhaltige Entwicklung haben - eine Verantwortung, die seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio auf internationaler und nationaler Ebene immer wieder betont wurde und die wir sehr ernst nehmen. Aber es gibt auch näherliegende positive Effekte: z.B. eine breite Sympathie von Seiten der Münchner Bürgerinnen und Bürger für unser Engagement und eine sehr gute Zusammenarbeit mit vielen Münchner Organisationen und Unternehmen bei der begleitenden Kampagne „München gegen ausbeuterische Kinderarbeit“. Und dann freuen wir uns natürlich über den Imagegewinn und die Anerkennung, die wir

überregional und international erhalten haben, z.B. durch die Auszeichnung beim Wettbewerb des Bundesministeriums für Entwicklungszusammenarbeit „Global vernetzt - lokal aktiv“, durch die Erwähnung als „Good Practice“-Projekt für

ethisch und sozial verantwortliche Initiativen beim Europarat oder durch die Benennung als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Welt&Arbeit: Die erste Aufgabe des Vergaberechts ist es, den effizienten Einsatz von Steuermitteln zu gewährleisten. Steht die Berücksichtigung sozialer Kriterien, wie z.B. nur Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit zuzulassen, dem entgegen? Müssen Städte, die solche Kriterien anlegen wollen, mit erhöhten Kosten rechnen?

Christian Ude: Wir haben insgesamt keine Erhöhung der Einkaufskosten für die betroffenen Produkte festgestellt und auch der personelle Mehraufwand beim Vergabeverfahren hält sich in einem begrenzten Rahmen. Doch ganz unabhängig von diesen konkreten Erfahrungen möchte ich davor warnen, bei solch eklatanten Rechtsverstößen wie ausbeuterischer Kinderarbeit Effizienzabwägungen zu treffen. Denn es kann nicht angehen, dass deutschen Kommunen aus wirtschaftlichen Gründen die Missachtung von internationalem Recht und die Gefährdung von Kinderleben bil-

ligend in Kauf nehmen.

Welt&Arbeit: Eine wichtiges Anliegen von Wirtschaftsunternehmen und Politik ist es, übermäßige Bürokratie abzubauen. Würde die Neuerung damit in Widerspruch stehen?

Christian Ude: Bürokratie muss natürlich da abgebaut werden, wo sie „übermäßig“ ist. Doch nicht jede öffentliche Regelung ist verzichtbar. Der Ruf nach Bürokratieabbau kommt im Zuge der Neo-Liberalisierung ja gerne, aber seltsamerweise nur dann, wenn die Regelung dem Rufer hinderlich ist - bei EU-Schutzzöllen oder Agrarsubventionen sind diese Rufer meist recht still. Ich bin der Überzeugung: solange wir zum System der sozialen Marktwirtschaft stehen, muss es auch möglich sein, in den Markt regulierend einzugreifen. Und der Weltmarkt braucht eine soziale Komponente

... der Weltmarkt braucht eine soziale Komponente mindestens ebenso notwendig wie der europäische oder der deutsche Markt.

notwendig wie der europäische oder der deutsche Markt.

Welt&Arbeit: Vielen Dank, Herr Ude, für das Gespräch.

Die Fragen stellte Stephanie Wolf.

Vergaberecht

Öffentliche Aufträge stellen einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar.

Behörden, Kommunen oder Ministerien müssen sich beim Einkauf für ihren öffentlichen Bedarf deshalb an die Vorschriften des Vergaberechts halten, mit dem Ziel möglichst wirtschaftlich und transparent mit öffentlichen Mitteln umzugehen. Die Zuständigkeit für das Vergaberecht liegt beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Die allgemeinen Grundsätze des Vergaberechts sind in den Paragraphen 97 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung geregelt (GWB). Als Kriterien für die Auswahl eines Bieters sind seine Leistungsfähigkeit, Sachkunde und Zuverlässigkeit genannt. Auf welche Weise öffentliche Auftraggeber soziale und ökologische Belange bei der Herstellung der von ihnen eingekauften Produkte berücksichtigen können, ist nicht geregelt, obwohl die EU-Vergaberichtlinie 2004/18/EG, dies ausdrücklich vorsieht. Sie hätte bis 31. Januar 2006 in das deutsche Vergaberecht umgesetzt werden müssen.

Webblink: de.wikipedia.org/wiki/vergaberecht

TROTZ STRITTIGER RECHTSLAGE:**Aktiv gegen Kinderarbeit – Viele Städte trauen sich**

44 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland kaufen nur noch Produkte ein, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. „Damit zeigen die öffentlichen Auftraggeber, dass sie über den eigenen Tellerrand schauen und globale Aspekte verantwortlich in ihr lokales Handeln einbeziehen“, freut sich Bernhard Henselmann, Geschäftsführer des Vereins EarthLink und Initiator der bundesweiten Informationskampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“.

München - Pionier im fairen öffentlichen Einkauf ist die Stadt München. Dem Beispiel, nur noch Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit einzukaufen, folgten seit dem Start der Aktion von EarthLink weitere 41 Städte sowie zwei Landkreise. Tendenz steigend. Schon jetzt stehen noch in wenigstens 20 Städten entsprechende Anträge zur Entscheidung. Aber es gibt auch ablehnende Ratsbeschlüsse in Fürth, Hamburg und Dresden. Skeptische Stimmen verunsichern manchen politisch Verantwortlichen. Wie die des Städte- und Gemeinde-

bundes Nordrhein-Westfalen, dem die Rechtsunsicherheit zu groß ist und der bei einer Änderung der Vergabepaxis Firmenklagen nicht ausschließt.

„Es ist offensichtlich eine Sache der Auslegung, ob und inwiefern es zulässig ist, den Aspekt ausbeuterische Kinderarbeit in die Vergabepaxis einzubeziehen. Das zeigt die Notwendigkeit einer eindeutigen gesetzlichen Regelung, die soziale und ökologische Kriterien erlaubt“, so Henselmann.

Der Gesetzgeber ist nun mit der vollständigen Umsetzung der EU-Richtlinie 2004/18/EG in der Ver-

antwortung, hierfür eine sichere Rechtsgrundlage zu schaffen.

Im Entwurf des neuen Vergaberechts, das noch von der alten rot-grünen Regierung erarbeitet wurde, fehlt aber bislang die dafür notwendige Passage. Das zuständige Wirtschaftsministerium beruft sich dabei auf einen entgegengesetzten Beschluss der damaligen Bundesregierung.

„Wir fordern von der neuen Bundesregierung, die Beachtung von eingegangenen internationalen Vereinbarungen nicht länger zu behindern“, so Henselmann weiter.

Natursteine gefährdeten Stadtimage

Wurden Darmstadts Straßen mit Steinen gepflastert, für die Kinder in indischen Steinbrüchen unter grausamen Bedingungen arbeiten mussten? Dieser Verdacht - ins Rollen gebracht vom Darmstädter Weltladen - sorgte für Aufruhr unter den Bürgern.



Foto: Andreas Arnold

Stein des Anstoßes: Granit aus Indien für Darmstädter Marktplatz

Darmstadt – Die Stadtverwaltung hatte Steine, mit denen die Bushaltestelle „Schlossplatz“ verlegt werden sollte, bei der Firma „Tako Granit“ bestellt. Die Firma handelt mit Granitsteinen aus Indien, dem Land mit der weltweit höchsten Kinderarbeitsquote. Auch der Marktplatz und der Bahnhofsvorplatz waren schon mit Steinen dieser Firma gepflastert worden. Das saubere Image der Stadt Darmstadt wankte: Die lokalen Medien berichteten über den Fall, Bürger protestierten.

Der Stadtrat gestand sich unter dem Druck der Öffentlichkeit bald ein, dass das Vertrauen der Bür-

ger wiederhergestellt werden musste und schloss sich der Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“ des Vereins EarthLink an. „Es kann nicht angehen, dass die Wissenschaftsstadt Darmstadt aus wirtschaftlichen Gründen Verstöße gegen internationales Recht und die Gefährdung von Kinderleben in Kauf nimmt“, schreibt der Magistrat im einstimmig angenommenen Stadtratsbeschluss.

Die Stadt verpflichtet sich darin, ab Januar 2006 für den öffentlichen Bedarf nur noch Produkte zu beziehen, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden.



Foto: Bundespresseamt

Horst Köhler (63), Bundespräsident, hofft: „dass insgesamt der Gedanke des fairen Handels weiter verbreitet wird.“

UMSATZZAHLEN FAIR GEHANDELTEN PRODUKTE STEIGEN**Bevölkerung sagt ja zu fair**

Konsumenten in Deutschland greifen beim Einkauf vermehrt zu fair gehandelten Produkten, wie steigende Umsatzzahlen und breitere Produktpaletten zeigen. „Die Unterstützung in der Bevölkerung wächst und der Absatz fair gehandelter Produkte steigt insgesamt“, so Bettina von Reden, Pressesprecherin von TransFair, der größten Siegel-Vergabestelle in Deutschland für den Fairen Handel.

Köln - Schon in der Studie „fair feels good“ aus dem Jahr 2003 gab knapp ein Viertel aller Befragten an, gelegentlich fair gehandelte Produkte zu kaufen. Das waren 2,5 Millionen Käufer mehr als im Jahr zuvor. 36 Prozent der Befragten halten fairen Handel für unterstützenswert, auch wenn sie aus finanziellen Gründen keine Fair-Trade-Produkte kaufen.

Dass dieser Trend anhält, beweisen die Umsatzzahlen der Organisation „TransFair“, die Siegel für sozialverträglich gehandelte Produkte vergibt. „Noch nie hatten wir solche Zuwächse. Qualität und Idee scheinen die Verbraucher zu

überzeugen“, freut sich Dieter Overrath, Geschäftsführer von TransFair. Die Organisation steigerte ihren Absatz im ersten Halbjahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 46 Prozent. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, dass fair gehandelte Bananen neu ins Sortiment aufgenommen wurden. „Aber auch ohne Bananen kommen wir auf eine Steigerung von 13 Prozent“, betont die TransFair-Pressesprecherin von Reden.

Auch das Fair Handelshaus „gepa“ verzeichnete im Geschäftsjahr

2004/05 ein Umsatzplus von acht Prozent und hatte mit knapp 40 Millionen Euro so hohe Einnahmen wie noch nie.



Foto: TransFair

Prominente Werber: Ex-Bundesarbeitsminister Norbert Blüm engagiert sich für fairen Handel.

Anders mit Geld umgehen

Geldanlagen

zukunftsorientiert und transparent Die GLS Gemeinschaftsbank eG ist die erste ethisch-ökologische Bank Deutschlands. Sie bietet seit über 30 Jahren eine breite Palette von Anlagemöglichkeiten. Das Angebot reicht vom GLS-Girokonto über GLS-Sparbriefe bis hin zur GLS-Zukunftsvorsorge. Mit Ihrer Geldanlage finanzieren Sie soziale Einrichtungen, den Ausbau Regenerativer Energien oder alternative Wohnprojekte. Im Schenkungs- und Stiftungsbereich ist die GLS u.a. in den Bereichen Bildung, ökologische Landwirtschaft und Entwicklungshilfe tätig.

Wir informieren Sie gern! Rufen Sie uns an unter: **(02 34) 57 97-111**

GLS Gemeinschaftsbank eG
Christstraße 9 · 44789 Bochum
www.gls.de

Mitgliedschaft verpflichtet

Zahlreiche internationale Organisationen haben erkannt, wie dringend es ist, gegen die Ausbeutung und den Missbrauch von Kindern anzugehen. In den folgenden Organisationen ist Deutschland ein Mitgliedsstaat - und hat sich damit verpflichtet, aktiv gegen die schlimmsten Formen von Kinderarbeit anzukämpfen.



UNO

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) verabschiedete 1989 die UN-Kinderrechtskonvention. Sie soll das Überleben der Kinder sichern, ihre Entwicklung fördern und sie vor Missbrauch und Gewalt schützen. Ausbeuterische Kinderarbeit wird ausdrücklich verboten. Dagegen betonen die Staaten das Recht auf Spielen und Lernen. Bis auf zwei Staaten – Somalia und die USA – haben alle Staaten der Welt die Konvention über die Rechte der Kinder ratifiziert. Damit ist sie das erfolgreichste und am häufigsten ratifizierte völkerrechtliche Übereinkommen. Für die Bundesrepublik Deutschland trat die Konvention am 5. April 1992 in Kraft. Im Jahr 2000 einigten sich die Vereinten Nationen auf die sogenannten Millenniums-Entwicklungsziele die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen: Die Mitgliedsstaaten legten sich unter anderem darauf fest, dass die weltweite Armut halbiert werden soll und alle Mädchen und Jungen eine vollständige Grundschulausbildung erhalten sollen. Der Einsatz von Kindern als Arbeitskräfte macht das Erreichen dieses Ziels unmöglich.



ILO

Mit dem Beitritt zur Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) verpflichtet sich jeder Mitgliedsstaat, regelmäßig über die Umsetzung von ratifizierten Übereinkommen und Empfehlungen zu berichten. In der Konvention 138 der ILO wurde das „Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung“ auf wenigstens 15, in begründeten Ausnahmen 14 Jahren festgelegt. Die Konvention 182 von 1999 richtet sich speziell gegen „ausbeuterische“ Kinderarbeit. 158 Staaten haben das völkerrechtlich verbindliche Dokument inzwischen ratifiziert. Seit 2002 auch Deutschland. Artikel 1 schreibt vor: „Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, hat unverzügliche und wirksame Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die schlimmsten Formen der Kinderarbeit vordringlich verboten und beseitigt werden“. Das wichtigste Sanktionsinstrument der ILO ist die Veröffentlichung von Vertragsverletzungen. Die Durchsetzung der vereinbarten Standards wird allgemein als nicht ausreichend eingeschätzt.



EU

Die Europäische Union, die sich mit den weltweit vorherrschenden sozialen und ökologischen Bedingungen kritisch auseinandersetzt, schafft eine Basis für Veränderungen. So legt die Charta der Grundrechte der Europäischen Union in Artikel 32 fest: Kinderarbeit ist verboten. Im Juli 2001 stellte die EU ein Grünbuch vor mit dem sie zur Diskussion über die soziale Verantwortung von Unternehmen beitrug. Das Grünbuch sollte eine breit angelegte Debatte in Gang bringen und auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Stellungnahmen zur sozialen Verantwortung der Unternehmen einholen. Im Jahr 2004 schuf die EU für ihre Mitgliedsstaaten eine weitere Grundlage, sich gegen ausbeuterische Kinderarbeit einzusetzen. So ist in der EU-Vergaberichtlinie 2004/18/EG ausdrücklich vorgesehen, dass öffentliche Auftraggeber bei der Beschaffung soziale und ökologische Belange berücksichtigen können. Die Richtlinie war bis zum 31. Januar 2006 in der ganzen EU in nationales Recht umzusetzen.

Berücksichtigung von Sozialstandards umstritten

Als erste deutsche Stadt hatte der Münchner Stadtrat beschlossen, nur noch Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit einzukaufen. Die Stadtverwaltung überprüfte die Rechtssituation und kam zu dem Schluss, dass diese Vergabepaxis zulässig sei. Ganz anders die Auffassung der Stadt Xanten: Die Berücksichtigung von Sozialstandards bei der kommunalen Vergabe wird dort als rechtswidrig eingestuft.

München/Xanten – Argumente für die Rechtmäßigkeit einer solchen Vergabepaxis lassen sich durchaus finden. So heißt es im Münchener Stadtratsbeschluss: „Mit der Ratifizierung der ILO-Konvention Nr. 182 hat sich Deutschland verpflichtet, Maßnahmen gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu ergreifen. Dies gilt im Rahmen der Bundestreue auch für die Kommunen. Die Stadt München schafft also kein neues Vergabekriterium, sondern vollzieht lediglich geltendes Recht“. Verwiesen wird zudem auf die Agenda 21. Sie fordert Kommunen auf, sich für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Trotzdem weiß die Rechtsabteilung der Stadt München: „Die gegenwärtige Rechtslage ist nicht unstrittig.“ Die Stadt geht jedoch davon aus, dass kein Unternehmen rechtliche Schritte gegen ihre Vergabepaxis einleiten wird: „Es erscheint kaum vorstellbar, dass die Stadt durch Gerichtsentscheidung dazu verpflichtet wird, Produkte einzukaufen, die nachweislich unter Einsatz der schlimmsten Formen der Kinderarbeit hergestellt worden sind“,

heißt es in der Stellungnahme der Rechtsabteilung. Darauf will sich die Stadt Xanten nicht verlassen. „Nach der derzeitigen Rechtslage in Deutschland ist es leider nicht zulässig, von Bietern eine Erklärung zu fordern, dass die angebotenen Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden“, so die Stadtverwaltung Xanten. Konkret ist es der Paragraph 79 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung), durch den sich der Xantener Stadtrat gehindert sieht, soziale Kriterien bei der Vergabe einzubeziehen. Der Paragraph besagt, dass als Kriterien bei der Vergabe lediglich die Fachkunde, die Leistungsfähigkeit und die Zuverlässigkeit des Bieters zu berücksichtigen sind. „Den Kommunen ist es also nicht erlaubt, eigene Vergabekriterien aufzustellen“, erklärt Christian Struck, Bürgermeister von Xanten, in einem Begründungsschreiben an die Stadträte. Einigkeit zwischen Struck und seinem Münchner Amtskollegen besteht aber darin, dass ausbeuterische Kinderarbeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingedämmt werden muss.



Heidemarie Wieczorek-Zeul (63), Bundesministerin für Entwicklung: „Wir erwarten von deutschen Unternehmen, die international tätig sind, dass sie Kinderarbeit in keiner Form dulden. Diese Maßstäbe sollten sie auch von ihren Zulieferfirmen verlangen.“

Foto: Bundespresseamt

Wird die EU ernst genommen?

Der noch vom Wirtschaftsministerium der alten Bundesregierung vorliegende Entwurf zur Neufassung des deutschen Vergaberechts, würde gegen geltendes EU-Recht verstoßen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten der Rechtsabteilung der Stadt München. „Hier besteht Handlungsbedarf, insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Ausführung von Aufträgen“, so die städtische Rechtsabteilung in ihrem Gutachten.

München - Konkret sehen die Rechtsexperten der Stadt München den Artikel 26 der europäischen Vergaberichtlinie unzureichend in deutsches Recht umgesetzt. Dieser besagt: „Die öffentlichen Auftraggeber können zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrags vorschreiben. (...) Die Bedingungen für die Ausführung eines Auftrags können insbesondere soziale und umweltbezogene Aspekte betreffen“. Eine derartige Passage ist im deutschen Gesetzesentwurf nicht zu finden. Nach Meinung der städtischen Rechtsabteilung in München müsste dies aber der Fall sein: „Die Mitgliedsstaaten sind zur vollständigen Umsetzung einer Richtlinie verpflichtet. Ein Ermessen für

die Bundesrepublik Deutschland gibt es in dieser Hinsicht nicht.“ Trotzdem: Der Entwurf lässt wie bisher nur die Leistungsfähigkeit, die Fachkunde und die Zuverlässigkeit eines Unternehmens als Kriterien für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu. Andere dürfen nach Vorgabe des Gesetzesentwurfs nur Kraft eines Landes- oder Bundesgesetzes berücksichtigt werden. In einer Stellungnahme vom Juli 2005 begründet das Bundeswirtschaftsministerium: „Die Verfolgung anderer wünschenswerter Politikziele kann sehr rasch dem eigentlichen Ziel eines wirtschaftlichen Einkaufs entgegenstehen.“ Auch widersprüche die Aufnahme zusätzlicher Aspekte dem Ziel des Bürokratieabbaus.

Der deutsche Gesetzgeber habe sich deshalb vorbehalten, „zu entscheiden, welche Anforderungen ausnahmsweise zusätzlich durch die öffentliche Hand gestellt werden dürfen.“ Darf sich der Gesetzgeber das vorbehalten? Das Direktorium München sagt nein: „Nach Auffassung der Rechtsabteilung wurde das neue europäische Vergaberecht nur unzureichend in das geplante deutsche Vergaberecht umgesetzt“. Das Bundeswirtschaftsministerium räumt ein: „Inwieweit der Gesetzgeber – auch angesichts der nunmehr expliziten Regelung in den neuen EU-Vergaberichtlinien – mit dem Vorschlag einverstanden sein wird, muss sich dann (...) in Bundestag und Bundesrat zeigen“.

Reisen
"Die Welt bewußt bereisen"

Erleben
"Hintergründe erfahren"

Helfen
"Verbesserung bewirken"

Freizeitreisen
Firmenreisen
Fundraising-Events

explore & help e.K.
fon 040 | 36 97 60 70
e-mail info@exploreandhelp.org
www.exploreandhelp.org

Reisen | Erleben | Helfen

Reifenhersteller Bridgestone Firestone wegen Sklaven- und Kinderarbeit verklagt

Washington - Der „International Labour Rights Fund“ in Washington verklagt den Reifenhersteller „Bridgestone Firestone“. Er dulde und forcieren Sklaven- und Kinderarbeit auf seiner Gummiplantage „Harbel“ nahe der liberianischen Hauptstadt Monrovia, die als weltgrößte gilt. Die Klage wurde bereits im November 2005 bei einem US-amerikanischen Bundesgericht in Kalifornien im Namen von drei Dut-

zend Betroffenen eingereicht. Der Reifenhersteller wird dafür verantwortlich gemacht, dass die Plantagenarbeiter ihr Soll nicht ohne die Hilfe ihrer Kinder und Frauen erfüllen können. Die ganze Familie müsse von Sonnenaufbis Sonnenuntergang mitarbeiten, um die verlangten 750 Bäume täglich anzuzapfen. Die Firma wisse nicht nur von den Missständen, sie fordere die ausbeuterischen Arbeit auch aktiv ein.

Fortsetzung von S. 1

Steigende Gewinne ...

Während 760 Milliarden Dollar investiert werden müssten, um Kinderarbeiter weltweit von den Fabriken und Feldern in die Schulen zu bringen, hätte sich dieser Betrag nach 20 Jahren bereits mehr als fünf Mal ausgezahlt. Enorme wirtschaftliche Vorteile bringt vor allem die höhere Bildung der jungen Generation, denn sie erhöht die Produktivität und die Einkommenskapazität eines Landes. Auch im Gesundheitsbereich zahlt sich das Nein gegen Kinderarbeit aus, da weniger Kinder aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen an Krankheiten und Verletzungen leiden würden.



Foto: FAW/n

Prof. Dr. Franz Josef Rademacher (56), Präsident des Bundesverbands für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA): „Durch die Globalisierung wurde die Wirtschaft noch effizienter für wirtschaftlichen Erfolg, aber gleichzeitig wesentlich ineffektiver für soziale und ökologische Ziele. Wenn die Politik wieder die richtigen Rahmenbedingungen für die globalisierte Wirtschaft setzt, wird der Markt auch wieder zum effizientesten Instrument für ökosoziale Ziele.“

INTERVIEW MIT BENJAMIN PÜTTER, KINDERARBEITSEXPERTE BEI MISEREOR

„Die Menschenrechte sind nicht diskutierbar“

Welt&Arbeit: Familien in Entwicklungsländern sind oft auf ein zusätzliches Gehalt ihrer Kinder angewiesen. Wird Armut verschlimmert, wenn Firmen keine Kinder mehr einstellen?

Benjamin Pütter: Wir kämpfen gegen die schlimmsten Formen der Ausbeutung, zum Beispiel in Süd-asien, von Kindern unter 14 Jahren, die nicht in die Schule dürfen. Diese Kinder werden oft von ihren Elternhäusern verschleppt, sie sind unterernährt, manche werden zur Arbeit festgekettet. Es geht nicht um Kinder, die am Nachmittag Zeitungen austragen, sondern um die Verletzung elementarer Menschenrechte. Menschenrechte sind nicht diskutierbar und Ausbeutung ist durch nichts zu rechtfertigen.

Es stimmt auch nicht, dass die Kinder, von denen wir sprechen, dazu verdienen, sondern sie arbeiten meistens Schulden der Eltern ab. In der Teppichindustrie gibt es teilweise 20 Prozent Zinsen pro Tag, das heißt alle vier Tage verdoppeln sich die Schulden! Es ist unmöglich, das zurückzubezahlen. Die Kinder haben also nichts davon und tragen auch nichts zum Familieneinkommen bei.

Welt&Arbeit: Kinderarbeit wird in manchen Ländern als normal an-

gesehen. Macht es dort überhaupt Sinn, gegen ausbeuterische Kinderarbeit vorzugehen?

Benjamin Pütter: In den USA war Sklaverei auch einmal völlig normal. Die Sklavenhändler haben damit argumentiert, den Sklaven gehe es bei ihnen besser als in Freiheit. Aber die Sklaven wollten frei sein, selbst wenn es ihnen dann schlechter ging. Genauso ist es mit den Kindern: sie wollen raus aus der Ausbeutung! Kinderarbeit wurde bei uns abgeschafft, warum sollten wir das nicht auch Kindern in anderen Ländern gönnen?

Außerdem hat Kinderarbeit sogar noch zugenommen. In der Teppichindustrie gab es früher keine Kinderarbeit, das ist erst mit der Öffnung der Märkte in den achtziger Jahren entstanden. Fiktive Schulden, Verschleppungen und Menschenrechtsverletzungen im Namen der Exportindustrie ist keine Tradition dieser Länder. Früher gab es Kinderarbeit nur in Familien, vor allem in der Landwirtschaft.

Welt&Arbeit: Auch in den heutigen Industrieländern wurden früher Kinder beschäftigt. Wird Kinderarbeit in Entwicklungsländern nicht irgendwann von ganz alleine verschwinden?

Benjamin Pütter: Erstens: Kinderarbeit ist auch bei uns nicht von alleine verschwunden. Es gab Gruppen, die dagegen angekämpft haben. Zweitens: Die Welt hat sich weiterentwickelt. Seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es die universal geltenden Menschenrechte. Dahinter darf man jetzt nicht zurückfallen. Es soll diesen Ländern nicht so gehen wie uns im 18. Jahrhundert, das wäre ja absurd.

Welt&Arbeit: Liegt es überhaupt in unserer Verantwortung, etwas gegen die Ausbeutung von Kindern in Entwicklungsländern zu unternehmen? Ist das nicht Sache der jeweiligen Regierungen?

Benjamin Pütter: Ja und nein. Kinderarbeit liegt nicht in der Verantwortung der deutschen Regierung, das stimmt. Aber: In der heutigen Welt sind wir näher zusammengerückt, es geht um Produkte, die auch wir kaufen. Der Verbraucher hat die Wahlmöglichkeit zwischen möglichst billig und sozial verträglich. Deshalb sollte der Kampf gegen ausbeuterische Kin-

derarbeit über den Verbraucher gehen.

Um dies zu erreichen sollten sich Städte bereit erklären, ein Zeichen zu setzen und keine Produkte mehr aus ausbeuterische Kinderarbeit kaufen. Sie können den Menschen damit bewusst machen, dass es so etwas gibt. Keiner kann sich vorstellen, dass für Grabsteine Kinder ausgebeutet werden, aber es ist so! Der Staat kann zur Bewusstwerdung beitragen und dafür ist er auch zuständig.

Welt&Arbeit: Die ILO-Konvention Nr. 182 verbietet ausbeuterische Kinderarbeit. Fast alle Länder haben die Konvention unterzeichnet. Genügt das nicht?

Benjamin Pütter: Gesetze funktionieren nicht überall so wie bei uns. Wenn es in Deutschland ein Gesetz gibt, dann wird es auch in die Realität umgesetzt. In Indien dagegen gibt es die besten Gesetze, sie werden aber nicht eingehalten. Wenn jemand sagt: „Aber Kinderarbeit ist doch verboten“ dann war er entweder noch nie in Indien oder er lügt.

Welt&Arbeit: Vielen Dank für das Interview, Herr Pütter.

Die Fragen stellte Stephanie Wolf.



Foto: privat

Benjamin Pütter

**»Ein moralisches Angebot ...
... saubere Gewinne, reines Gewissen!«**

Sichern Sie nachhaltig Ihre Zukunft mit unserer Öko-Rente:

- Garantiert umweltfreundlich Die oeco capital ist der erste ökologische Lebensversicherer Deutschlands.
- Finanzielle Unabhängigkeit Ihre private Rente wird Ihnen lebenslang gezahlt. Garantiert. Das sichert Ihnen finanzielle Unabhängigkeit bis ins hohe Alter.
- Ausschlusskriterien für die Kapitalanlage sind z.B. Kinderarbeit, Rüstungsindustrie oder Verstöße gegen das Umweltrecht
- Investieren Sie Ihr Geld ökologisch und sozial verantwortlich!



www.vcd-service.de

BITTE MACHEN SIE MIR UNVERBINDLICH EIN ANGEBOT.

Öko-Rente Ich möchte über weitere Altersvorsorgeprodukte informiert werden

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname	PLZ, Ort	e-Mail
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)	Derzeit ausgeübter Beruf/Selbständig
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße	Telefon	Beitrag
		Alter bei Rentenbeginn
		<input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> einmalig

Wir verbinden ökologisches Engagement und ökonomische Vorteile



Coupon einsenden an: VCD Umwelt & Verkehr Service GmbH, Niebuhrstraße 16b, 53113 Bonn, Fax 02 28/985 85-90, e-mail: service@vcd.org, www.vcd-service.de

Der Unterschied macht's

Köln – „Feel the difference“ lautet der Unternehmensslogan von „Bierbaum & Proenen“, Hersteller von Berufs- und Arbeitskleidung. Auch für so manches Kind macht das mittelständische Unternehmen einen Unterschied: Es bemüht sich auf verschiedenen Wegen, Kinder- und Zwangsarbeit in den Produktionsländern zu vermeiden.

„Unser Anliegen ist es, dass Kommunen und Städte künftig bei Unternehmen produzieren lassen, die auf die Einhaltung der Menschenrechte achten“, so Dirk Baykal, Leiter des Ressorts Materialwirtschaft bei Bierbaum & Proenen. „Dies erlaubt den qualitativ hochwertigen Herstellern auch weiterhin, unter entsprechenden Rahmenbedingungen und mit ausgebildetem Fachpersonal zu produzieren“.

Bierbaum & Proenen hat seinen Sitz in Köln, ein Werk in Tunesien sowie Partner in China und Pakistan. Das Familienunternehmen achtet besonders darauf, dass keine Kinder beim Nähen oder Färben ihrer Kleidung zum Einsatz kommen. In ihren Einkaufsbedingungen ist ein Verhaltenskodex festgeschrieben, der zusammen mit der „Kampagne für saubere Kleidung“ ausgearbeitet wurde und in dem auch das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit verankert ist. „Die Einhaltung wird durch regelmäßige Besuche unseres Managements und von Technikern überwacht“, betont Baykal.

Daneben sieht er die langfristige Zusammenarbeit mit Zulieferern als bedeutsam an,



um Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden: „Mit unserem pakistanischen Partner arbeiten wir zum Beispiel seit 14 Jahren zusammen und lasten seine Produktion zu mehr als 80 Prozent aus. Wir haben gelernt einander zu vertrauen und Anforderungen von uns werden ernst genommen. Alter und Verdienst der Arbeiter liegen weit über dem Landesdurchschnitt“.

Obwohl die öffentliche Hand ein bedeutender Abnehmer von Berufs- und Arbeitskleidung ist, bewirbt sich Bierbaum Proenen nur

selten um Aufträge.

Dirk Baykal erklärt: „Es ist häufig so, dass bei öffentlichen Aufträgen nur der Preis

eine Rolle spielt. Kriterien wie Qualität, Tragekomfort und faire Arbeitsbedingungen, die für einen Markenhersteller wie uns wichtig sind, werden kaum berücksichtigt“, bedauert er. Und natürlich seien die Produkte teurer als die reiner Importeure, die ihre Ware von billigsten Herstellern bezögen. Hier sei der Preisdruck auf den Zulieferer besonders groß und so steige auch die Gefahr von Kinderarbeit.

Bilder: Bierbaum & Proenen



Grabsteine aus Kinderhand

Freiburg - Da würde sich manch ein Toter im Grabe umdrehen: Deutsche Grabsteine, Symbole des ewigen Friedens, werden nicht selten von unterernährten indischen Kindern aus dem Fels geschlagen. Davon hat sich Benjamin Pütter, Kindearbeitsexperte von Misereor, mit eigenen Augen überzeugen müssen.

Pütter ist im Auftrag der Hilfsorganisation Misereor nach Indien gereist und gab sich als Großhändler für Natursteine aus. So gelangte er in die Steinbrüche. „In jedem habe ich Kinder angetroffen“, erzählt er. „Die Jüngsten elf oder zwölf, die Ältesten 15 oder 16 Jahre alt.“ In sengender Hitze hätten sie geschuftet, ohne Schutz vor dem Staub und oft ohne Lohn, da sie Schulden von Eltern oder Großeltern abarbeiteten.

Die Steine stehen später auch auf Europas Friedhöfen. In Deutschland stammen mehr als 70 Prozent aller importierten Grabsteine aus Indien. Die kosten oft nur ein Drittel der aus Deutschland. Den Preis dafür zahlen die arbeitenden Kinder: Die meisten von ihnen werden nicht älter als 35 Jahre.

Die Freiburger Steinmetze Jörg Bollin, Dieter Schindler und Michael Storr wollten sich damit nicht abfinden und gründeten gemeinsam mit Benjamin Pütter „Xertifix“.

Xertifix ist ein Gütesiegel für Steine, das fundamentale Arbeitsrechte garantiert. Das heißt: Keine Kinderarbeit, keine Schuldknechtschaft, Zugang zu Wasser, Gehör- und Mundschutz. Die fair gehandelten Grabsteine kosten nur drei Prozent mehr.

Die Zertifizierung wird von einem unabhängigen Verein geleitet. Er führt unangekündigte und unabhängige Kontrollen in den Steinbrüchen durch und garantiert so die Einhaltung der neuen Standards. Den Vorsitz von Xertifix übernahm der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm.

Im November 2005 sollten eigentlich die ersten fair gehandelten Grabmale aus Indien in Deutschland ankommen.

Doch: „Es fand sich bis jetzt leider keine deutsche Firma, die unsere Grabsteine abnehmen wollte“, so Pütter. „Daran sieht man, dass Druck von Seiten der Städte notwendig ist.“

Öko-Label erläßt Sozialrichtlinien

Gräfelfing – Ganz im Trend liegt der Öko-Zertifizierer Naturland, der seit der Kontrollperiode 2005 seine Richtlinien um ein Kapitel „Soziale Verantwortung“ ergänzt hat. Er will nun auch die sozialen Bedingungen, unter denen ökologische Lebensmittel erzeugt und verarbeitet werden, im Rahmen der Öko-Zertifizierung abprüfen. Naturland regelt die Arbeitsbedingungen in den zertifizierten Betrieben im In- und Ausland in 13 Punkten zu Menschenrechten über Versammlungsfreiheit und Gleichstellung bis zu Sozialleistungen. „Wir erweitern unsere Kontrollen und bieten unseren Mitgliedern somit die Möglichkeit ihr gesamtes Leistungspaket herauszustellen“, formuliert Naturland Geschäftsführer Firos Holterman. Das Naturland Zeichen stehe somit für ein Komplettpaket an ökologischer und sozialer Qualität.

Ein besonderes Augenmerk würde auf die Gesundheit und Sicher-

heit am Arbeitsplatz gelegt. Die Richtlinien gäben auch klare Vorgaben zu Kinderarbeit. Naturland könne diese nicht abschaffen, will aber den notwendigen Rahmen vorgeben, um ausbeuterische Formen von Kinderarbeit auszuschließen und sicher zu stellen, dass die Kinder in die Schule ge-

hen können und sie die Arbeit in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung nicht beeinträchtigt. Im ersten Jahr der Einführung der Sozialrichtlinien wurden vor allem Schulungen in den Mitgliedsbetrieben in Indien, Ägypten, Bolivien und Mexiko durchgeführt, damit diese mit den neuen Standards auch umgehen können.



Foto: Naturland

Naturland-Mitarbeiter diskutieren die neuen Sozialkriterien in einem textilverarbeitenden Betrieb in Indien.

Unternehmensverantwortung im Test

Berlin - Erstmals untersuchte die Stiftung Warentest in mehreren Pilotprojekten Fragen der gesellschaftlichen Unternehmensverantwortung, neudeutsch: Corporate Social Responsibility. Die Beurteilung informiert Verbraucher darüber, ob Unternehmen trotz Konkurrenzdruck ihre soziale und ökologische Verantwortung ernst nehmen.

Erfragt hat die Stiftung zum Beispiel die Herstellungsbedingungen von Sportschuhen und Funktionsjacken – mit unterschiedlichen Erfolgen und Ergebnissen. Nur wenige Sportschuhanbieter gaben Informationen über ihre Arbeitsbedingungen heraus. Keine oder kaum verwertbare Informationen waren von asics, Brooks, Fila und Saucony zu bekommen. Große Anbieter wie adidas-Salomon und Nike haben mittlerweile aber erkannt, dass sie auch Verantwortung für ihre Arbeiter haben, wenn sie nicht die direkten Arbeitgeber sind. Sie verpflichten sich selbst zu so genann-

ten Verhaltenskodizes. Dazu gehören zum Beispiel das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit.

Die Firmen führen eigene Kontrollen durch und berichten darüber. Um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen, sind adidas-Salomon, Nike und Reebok außerdem Mitglied in der Fair Labour Association (FLA), einer Organisation, zu der auch Universitäten und Nichtregierungsorganisationen gehören. Sie führt zusätzlich unabhängige Kontrollen in den Zuliefererbetrieben durch.

Mehr Informationen erhielten die Tester der Stiftung von den Herstellern von Funktionsjacken. Im-

merhin sechs von 14 Herstellern füllten den Warentest-Fragenkatalog aus, acht Unternehmen öffneten den Inspektoren die Türen ihres Firmensitzes, um Dokumente einzusehen und zu überprüfen. Nur zwei Firmen verweigerten sich ganz: Jack Wolfskin und Lowe Alpine.

Deutlich Initiative ergreifen Berghaus, Fjällräven, Karstadt, Patagonia und Vaude für soziale und umweltgerechte Produktion, so die Warentester. Karstadt, Berghaus und Patagonia kontrollieren ihre Arbeitsbedingungen sogar mit unabhängigen Auditoren.

Die Stiftung Warentest will auch künftig bei ausgewählten Produkten Aspekte der Unternehmensverantwortung untersuchen. Interessierten Verbrauchern werden so Bewertungen zum ethischen, sozialen und ökologischen Verhalten von Herstellern bereitgestellt. Die Daten sollen überwiegend durch Befragung der Unternehmen gewonnen werden. Ihre Angaben will die Stiftung dann punktuell durch Audits und öffentlich zugängliche Quellen validieren.

Sozialsiegel für viele Produktparten

Rugmark, TransFair, Xertifix und mehr – Sozialsiegel auf Blumen, Grabsteinen, Lebensmitteln oder Teppichen garantieren Verbrauchern faire Handelsbedingungen und eine Produktion ohne ausbeuterische Kinderarbeit.

Zwangsarbeit, Beschäftigte unter 15 Jahren, erzwungene Überstunden, kaum Lohn und keine Gewerkschaftsfreiheit – wer Produktionsbedingungen wie diese nicht unterstützen will, kann bereits in über 22 000 Supermärkten in Deutschland fair gehandelte Waren einkaufen. Die gibt es aus vielen Sparten: Bananen, Orangensaft, Kaffee, Tee, Schokolade um nur einige aus dem Food-Bereich zu nennen, aber auch Textilien, Blumen, Teppiche oder Natursteine.

Beispiel TransFair: Der gemeinnützige Verein, selbst Mitglied der internationalen Fairtrade Labelling

Organizations International (FLO), kennzeichnet unter Einhaltung weitgehender Sozialrichtlinien produzierte und gehandelte Lebensmittel. Rund 80 Firmen haben sich bereits angeschlossen und halten sich damit an hohe soziale Standards, die regelmäßig überprüft werden. Zunehmend werden die TransFair-Produkte auch in „Bio-Qualität“ hergestellt und dann als Fair und Bio gekennzeichnet. Ein weiteres Plus: Das TransFair-Logo ist ein internationales Siegel. Verbraucher können also in vielen europäischen Ländern fair gehandelte Lebensmittel auf den ersten Blick erkennen.

Michael Sommer (54), Vorsitzender des deutschen Gewerkschaftsbundes, träumt

von einer Welt ohne Kinderarbeit. „Wenn ich heute Kinder sehe, die arbeiten, werde ich wütend, so nahe geht mir das,“ erklärt er in einem Zeit-Interview.



Foto: DGB/Stefan Boness

Welt und Arbeit in Zahlen

Anzahl der Staaten, die bis heute die ILO-Konvention 182 ratifiziert haben:	158
Anzahl der Staaten, die vor Deutschland die ILO-Konvention 182 ratifizierten:	117
Anzahl der Kinder, die für den deutschen Orangensaftkonsum arbeiten:	1.290
Anzahl der Kinder unter 15 Jahren, die im Jahr 2002 arbeiteten:	211 Millionen
Davon unter ausbeuterischen Bedingungen in Prozent:	90
Anzahl der Kinder unter 10 Jahre, die im Jahr 2002 arbeiteten:	73 Millionen
Gold- und Währungsreserven weltweit in Euro:	3.260 Milliarden
Benötigter Betrag, um ausbeuterische Kinderarbeit weltweit abzuschaffen in Euro:	10 Milliarden

Ausgezeichnete Arbeit

München / Berlin - Die Informationskampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“ des gemeinnützigen Vereins EarthLink in

jekt bekam die begehrte Auszeichnung: Das mehrsprachige Internet-Portal earth-projects.net vernetzt weltweit Projekte für eine ökologisch und sozial verträgliche Entwicklung.



München wurde als offizielles Projekt der Weltdekade der Vereinten Nationen 2005-2014 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Noch ein zweites EarthLink-Pro-

Blumenkinder aus Ecuador

Ecuador ist für Deutschland der drittgrößte Blumenlieferant außerhalb der Europäischen Union. Auf den ecuadorianischen Blumenplantagen ist Kinderarbeit gang und gäbe. In der Andenregion Cavambe, so eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisationen (ILO), arbeiten beispielsweise über 80 Prozent der Grund- und Hauptschüler. Eine davon, Rosa Paulina Vilca Chiguano ist im Frühjahr 2006 nach Deutschland gekommen, um über ihre Erfahrungen auf den Blumenfeldern zu berichten.

Mit 15 Jahren begann Chiguana auf der Blumenfarm Petyros in der Provinz Cotopaxi zu arbeiten. Für ecuadorianische Verhältnisse relativ spät: Die ILO fand heraus, dass bereits Kinder ab vier Jahren in der Blumenindustrie tätig sind. Die meisten Kinderarbeiter sind zwischen neun und elf Jahren alt. Viel zu jung - in Ecuador müssen Arbeitnehmer laut Gesetz mindestens 15 Jahre alt sein. Für die gesundheitsschädigende Tätigkeit auf den Schnittblumenplantagen ist sogar ein Mindestalter von 18 Jahren vorgeschrieben. Erst dann hält die Regierung den Kontakt zu den hochgiftigen Pestiziden, die auf den Feldern eingesetzt werden, für zumutbar. Chiguana hatte Glück: Die Plantage, auf der sie arbeitet, wurde 1999 in das „Flower Label Program“ (FLP) aufgenommen. Das FLP ist ein international anerkanntes Gütesiegel. Es gewährleistet den Arbeitern

existenzsichernde Löhne, Gesundheitsvorsorge und Gewerkschaftsfreiheit. Außerdem gehören Kinderarbeit und der Einsatz von hochgiftigen Pflanzenschutzmitteln auf der Farm nun der Vergangenheit an. Bei ihrer Rundreise durch Deutschland, veranstaltet von FIAN Deutschland (FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk), berichtet die heute 25-jährige Rosa Chiguano auf Informationsabenden über ihre Erfahrungen auf der Farm vor und nach der Zertifizierung.

Frau oder Rose?



Das Flower Label Program (FLP) hat sich ein neues Zeichen gegeben. „Auf einen Blick verdeutlicht dieses Wechsel-Spiel die zentrale Aussage des fairen Blumenhandels: Fair zur Umwelt und fair zum Menschen“, so FLP.

Mit Bildung aus der Armutsfalle

„Ohne Bildung führt kein Weg aus der Armutsfalle“, so Ulrich Post, Leiter der Kampagne „Stopp Kinderarbeit - Schule ist der beste Arbeitsplatz“ der Welthungerhilfe. **Kinderarbeit und Armut bilden einen Teufelskreis: Das eine bedingt das andere.**

Arbeitende Kinder gehen in aller Regel nicht zur Schule, doch ohne Bildung gibt es für sie keinen Ausweg aus der Armutsspirale. Die Vereinten Nationen haben erkannt, dass die Bildung der nachfolgenden Generationen ein entscheidendes Gut eines Landes auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung ist. Eines ihrer Millennium Development Goals, die zu einer Halbierung der weltweiten Armut auf die Hälfte führen sollen, lautet: Jedes Kind soll das Recht auf eine kostenlose Schulbildung haben. In der Realität arbeiten aber immer noch über 200 Millionen Kinder weltweit in Fabriken, auf Plantagen, in Haushalten oder auf der Straße anstatt in die Schule zu gehen. Dies geschieht oft unter katastrophalen Arbeitsbedingungen: Kin-

der arbeiten auf Feldern, die regelmäßig mit hochgiftigen Pestiziden besprüht werden, schleppen schwere Obstkisten oder arbeiten in dunklen und stickigen Bergwerken oder in der sengenden Hitze staubiger Steinbrüche. Die Folge: Krankheit und Arbeitsunfähigkeit im Erwachsenenalter. Das führt dazu, dass wiederum ihre Kinder für den Lebensunterhalt sorgen müssen. Der Einsatz von Kindern als Arbeitskräfte kann sogar ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit bewirken. In vielen Branchen und Regionen verhindert die Anstellung von unter 14-Jährigen, dass Erwachsene eine Arbeit finden. Die Gründe: Kinder sind schlechter bezahlt, nicht in Gewerkschaften organisiert, wehrloser und somit leichter auszubeuten und zu unterdrücken.

So kommt es dazu, dass Vater und Mutter arbeitslos sind, während ihre Kinder auf Plantagen oder in Fabriken arbeiten. Aus diesem Teufelskreis herauszukommen ist schwer. Ein auf die Zukunft ausgerichtetes Planen und Handeln ist für in Armut lebende Menschen oft schlichtweg nicht möglich: Ihre wirtschaftlich katastrophale Lage erlaubt ihnen nur das Leben „von der Hand in den Mund“. Deshalb sind ineinander verwobene Maßnahmen notwendig, um Kinderarbeit erfolgreich abzubauen: Die Familien brauchen Aufklärung und finanzielle Unterstützung, Unternehmen müssen die Anstellung von Erwachsenen statt Kindern fördern, Regierungen müssen kostenlose Schulbildung ermöglichen.

Personalien

Craig Barrett (66), Chairman des weltgrößten Prozessorerstellers Intel zeigt sich wohlwütig. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos gab er bekannt, dass seine Firma 10 Millionen Lehrer in Entwicklungsländern im Umgang mit neuen Lehrmitteln schulen will. Außerdem sollen 100.000 PC's die Lernmöglichkeiten in den Klassenzimmern in den ärmeren Staaten verbessern.



Foto: Intel

Rosi Gollmann, Gründerin und Vorsitzende der Andheri-Hilfe mit Projekten in Indien und Bangladesh wurde von Bundespräsident Horst Köhler mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Gollmanns Lebenswerk gilt den armen und unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen, allen voran den Kindern sowie Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung. Der Verein engagiert sich auch für die Befreiung von Kinderarbeitern.



Foto: Andheri-Hilfe

Dr. Davuluri Venkateswarlu, indischer Agrar-Experte hat ausgerechnet, dass PROAGRO, ein Tochterunternehmen des BAYER-Konzerns in Leverkusen, den Bauern 37 Prozent mehr für das Kilo Baumwoll-Saatgut bezahlen müsste. Nur so könnten die Bauern den Arbeitern das geben, was ihnen gesetzlich zusteht: Etwa ein Euro am Tag. Und nur dann wären die Eltern nicht mehr gezwungen, ihre Kinder zur Arbeit zu schicken.



Foto: WDR Fernsehen

Angela Merkel (51), Bundeskanzlerin, fordert einen neuen Ordnungsrahmen für eine weltweit soziale Marktwirtschaft. In ihrer Rede auf dem diesjährigen Davoser Weltwirtschaftsforum kündigte sie an, dies zum zentralen Thema beim G8-Gipfel 2007 in Deutschland zu machen.



Foto: Bundespresseamt

Kampagnen und Projekte für eine ökologisch und sozial verträgliche Entwicklung

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende!

SPENDENKONTO 88 88 500, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 700 205 00



www.earthlink.de

EarthLink
The People & Nature Network
Frohschammerstr. 14,
80807 München
Telefon: 089 - 35 65 21 02
E-Mail: info@earthlink.de